

Titel: **Transition & Transformation: Die falschen Schlussfolgerungen aus dem Systemwechsel staatssozialistischer Gesellschaften**

Autor: Richard Sattler, BA

Track #8 / Alternativ: Track #5

Die vorliegenden Ausführungen unternehmen den Versuch einer zusammenfassenden Problemwahrnehmung über die bestehenden Konzeptionen von politischen Wandlungsprozessen und deren theoretische Erfassung. Ausgehend von der Erforschung des Systemwechsels stellt sich auch dreißig Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer und der Auflösung der Sowjetunion die Frage, welche Konsequenzen sich hieraus für die Deutung von Transformationsprozessen ableiten lassen. In einem ersten Schritt soll daher das vorhandene Repertoire an Theorien und Denkschulen einer eingehenden Betrachtung unterzogen werden. Im Lichte der aktuell zu beobachtenden Festschreibung autokratischer und autoritärer Politikmuster wie im Falle Russlands, der Wiederwahl von Viktor Orban in Ungarn, sowie der Einschränkung der Judikative in Polen um nur drei exemplarische Beispiele zu nennen, stellt sich die fast schon unausweichliche Frage, ob Politik und Wissenschaft die falschen Konsequenzen aus den bisherigen Entwicklungen postsozialistischer Transformationsgesellschaften gezogen haben.

Mit dem Zerfall des „Staatssozialismus“ (Beyme 1994; Segert 2013) in Ost- und Ostmitteleuropa ab 1989 schien nicht nur der Kalte Krieg zu einem Ende zu kommen und das „Ende der Geschichte“ (Fukuyama 1992) erreicht worden zu sein, sondern auch der Sieg einer ideengeschichtlichen Deutung von Transformation vorerst besiegelt worden zu sein. Das Theorem der „transition to democracy“ erklärt den Systemwechsel und damit den Übergang von einem autoritären oder totalitären Regimetypus, wie etwa der Sowjetunion, hin zu einem demokratischen politischen System primär durch das Verhalten von AkteurInnen, wie dies bereits in den Ausführungen von Rustow (1970) ersichtlich ist. Diesen Annahmen folgend, geht die Forschung von einer chronologischen Entwicklung im Demokratisierungsprozess einzelner Länder aus, welche mit einer Phase der Öffnung respektive Liberalisierung und der damit zusammenhängenden Differenzierung der Eliten nach dem genannten Schema beginnt.

Doch die Ergebnisse der Transformationen in den postsozialistischen Gesellschaften verweisen auf die Notwendigkeit einer Revision dieser Vorstellung eines linearen Verlaufs von gesellschaftlichen wie politischen Veränderungsprozessen. Entgegen der Annahme einer eindeutigen Einordnung in autoritäre, totalitäre und demokratische politische Systeme, scheint laut Carothers (2002) und Segert (2017) die große Zahl der Nachfolgestaaten der Sowjetunion und der Länder Ostmitteleuropas vermehrt in einer „Grauzone“ zu verharren. In der Politikwissenschaft wird dabei über „defekte Demokratie“ (Merkel 2010) als Kategorie für den unvollständigen Übergang respektive eine nicht abgeschlossene Transformation diskutiert. Andererseits wird von einem Rückfall in autoritative bis autokratische Politikmuster ausgegangen, wie dies in der Russischen Föderation, vor allem während der Präsidentschaft von Wladimir Putin der Fall ist. Hierbei wird etwa von einer sogenannten „dominant power politics“ (Carothers 2002) gesprochen.

Aber inwiefern sind diese Erklärungskonzepte und Begriffe der Transformationsforschung weiterhin nutzbar? Auch die fortgesetzte Erzählung über die scheinbar kongruente Entwicklung von Demokratie bei gleichzeitiger Durchsetzung marktwirtschaftlicher Mechanismen stellte mehr eine historische Bürde dar, wie es Claus Offe (1991) als „Dilemma der Gleichzeitigkeit“ erfasst, denn eine Erfolgsgeschichte. In diesem Zusammenhang wird ersichtlich, dass strukturbasierte Erklärungsmodelle das Problem aufweisen, insofern sie zwischen einem „kreativistischen Optimismus“ wie im Falle akteurszentrierter Ansätze, oder einem „kulturalistischer Pessimismus“ wie Falle der Erforschung Politischer Kultur oszillieren. (Segert 2013) Collin Hay (2002) hat die Problematik der Deutung von gesellschaftlichen und politischen Veränderungsprozessen dahingehend zusammengefasst, insofern die Annahme über die Beständigkeit politischer Strukturen, Institutionen und Normen leichter zu erfassen ist, denn deren Veränderung über einen bestimmten Zeithorizont hinweg. Für die weitere Debatte stellt sich daher die Frage, wie mit diesem Dilemma umzugehen ist und wie in der politikwissenschaftlichen Auseinandersetzung die Interaktion von AkteurInnen und Institutionen, sowie deren Transformation in Anbetracht der jüngsten Entwicklungen im postsowjetischen Raum analytisch zu erfassen ist.

Literatur (Auswahl):

Beyme, Klaus von (1994): Systemwechsel in Osteuropa, Frankfurt am Main: Suhrkamp

Carothers, Thomas (2002): The End of the Transition Paradigm, in: Journal of Democracy, 13. Jg., Nr. 1, S. 5-21

Fukuyama, Francis (1992): The End of History an the Last Man, New York: The Free Press

Hay, Colin (2002): Political Analysis: A Critical Introduction, London: Red Globe

Merkel, Wolfgang (2010): Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Wiesbaden: VS Verlag

Offe, Claus (1991): Das Dilemma der Gleichzeitigkeit. Demokratisierung und Marktwirtschaft in Osteuropa, in: Merkur, 45. Jg., Nr. 505, S. 279-292

Rustow, Dankwart A. (1970): Transition to Democracy. Toward a Dynamic Model, in: Comparative Politics, 2. Jg., Nr. 3, S. 337-363

Segert, Dieter (2013): Transformationen in Osteuropa im 20. Jahrhundert, facultas: Wien

Segert, Dieter (2017): Stabil in der „Grauzone“, in: Croissant, Aurel/Kneip, Sascha/Petring, Alexander (Hg.): Demokratie, Diktatur, Gerechtigkeit. Festschrift für Wolfgang Merkel, Wiesbaden: Springer VS, S. 263-281

Autoreninformation:

Richard Sattler, BA
Studium der Politikwissenschaft an der Universität Wien

Aktuelle Tätigkeit: Generalsekretär (Karenzvertretung) bei Bund sozialdemokratischer AkademikerInnen, Intellektueller & KünstlerInnen (BSA); Bezirksrat für die SPÖ in Wien Penzing

Kontakt: richard.sattler@gmail.com, +43 (0)676 / 953 94 80